

DIE LINKE

Wahlprüfsteine des DJV Landtagswahl 2021

1. Thema Presse- bzw. Medienfreiheit

1 a) Welche Bedeutung messen Sie der Pressefreiheit bei?

Die Freie Presse ist ein konstitutives Element der demokratischen Gesellschaft. Sie ist die Grundlage unserer Meinungsbildung, gesamtgesellschaftlicher Verständigung und öffentlicher Kontrolle. Die Pressefreiheit ist im Grundgesetz verankert, aber nicht selbstverständlich. Vielmehr wurde in den letzten Jahren deutlich, dass es Pressefreiheit auch in Deutschland mit neuem Nachdruck herzustellen und zu verteidigen gilt. Demokratien leben jedoch von öffentlicher Debatte und Kritik. Sich für Pressefreiheit einzusetzen, bedeutet für DIE LINKE daher gleichsam einen Kampf für demokratische Verhältnisse und gegen den Rechtsruck. In Demokratien kann Pressefreiheit nicht zur Verhandlungsmasse werden.

1 b) Durch welche Maßnahmen wollen Sie gewährleisten, dass Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit ungehindert ausüben können?

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung journalistischer Informationsansprüche gegenüber Behörden ein. Wir fordern geschützte Kommunikation insbesondere für Pressevertreter*innen sowie ein Gesetz zum Schutz von Whistleblowern. Wichtig ist auch, die Ausnahmeregelungen für Geheimdienste aus den Informationsfreiheitsgesetz und dem Archivgesetz zu streichen. Presseberichterstattung darf nicht zu einer Strafverfolgung führen. Wir unterstützen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Medienanstalten und Bürgermedien.

1 c) Neuerdings schränken Gesetze wie das Sicherheits- und Ordnungsgesetz die Medienfreiheit ein, weil der Berufsgeheimnisschutz im Journalismus und damit der Schutz journalistischer Quellen nicht mehr

ausreichend garantiert sind. Würden Sie das Gesetz in dieser Hinsicht ändern?). Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Die Linksfraktion im Landtag von M-V hat sich auf der Straße und im Parlament vehement gegen das SOG eingesetzt. Wir haben ein eigenes Konzept „Persönliche und öffentliche Sicherheit“ vorgelegt. (siehe www.linksfraktionmv.de/publikationen/materialien/)

2. Thema Auskunftspflicht

Bei Kommunen, Bürgermeistern, Ministerien – kurzum öffentlichen Einrichtungen - gibt es eine Auskunftspflicht gegenüber Medienvertretern. Doch wird sie nicht immer eingehalten. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Journalisten zu ihrem Recht kommen?

DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der freien Ausübung journalistischer Arbeit ein: Wir fordern verpflichtende Schulungen zu Presserecht in Behörden und in den Polizeiakademien. Wir setzen uns fortlaufend dafür ein, dass Mitarbeiter:innen der Verwaltung sowie auch Politiker:innen Auskünfte erteilen und konstruktiv mit den Medien zusammenarbeiten.

3. Thema Landespressegesetz

Das Landespressegesetz stammt aus dem Jahr 1993. Seitdem hat sich im Medienbereich enorm viel getan. Auch zur inneren Pressefreiheit gibt es moderne Vorstellungen. Wie wollen Sie das Gesetz in der nächsten Legislaturperiode den Erfordernissen anpassen?

Das Landespressegesetz bedarf einer Überarbeitung. Zum Beispiel die Einführung eines Redaktionsstatutes und die Transparenz der Eigentümer*innen sollten neu gedacht werden.

4. Thema Tariftreue

In der M-V Medienlandschaft ist Tariftreue die Ausnahme. Wie wollen Sie die Tarifbindung in dieser Branche stärken und dafür sorgen, dass auch Freiberufler gebührend entlohnt werden?

Freie, demokratisch organisierte und qualifizierte Journalist*innen, die selbstbestimmt und unter guten Arbeitsbedingungen tätig sein können, ist unser Anspruch. Wir setzen uns auf allen Ebenen für mehr Tariftreue ein, wir stärken die Gewerkschaften und auch auf Landesebene wollen wir beispielsweise im Rahmen des Landesvergabegesetzes als öffentliche Hand eine Vorbildfunktion einnehmen.

5. Thema Medienkompetenz

Informationen kommen in vielen Gewändern und auf vielen Kanälen daher. Nicht immer basieren sie auf Fakten und solider Recherche. Und nicht immer können Menschen zwischen verlässlichen Informationen und Fake News unterscheiden. Stichwort Medienkompetenz: Wie wollen Sie diese stärken?

Es bedarf einer Stärkung der Strukturen und vor allem die Fachkräfte der Medienbildung hier im Land. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist eine der wichtigsten Aufgaben der Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern. Die Grundlage dieser Medienkompetenzförderung ist die zuletzt 2015 „erneuerte“ „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“. Jetzt haben wir 2021. DIE LINKE tritt ein für ein Fachkräfteprogramm für Medienpädagog:innen im Land.

Wer Medienbildung machen will, braucht Fachkräfte. Und dabei geht es um unsere noch vorhandenen Medienpädagog:innen, die abgesichert und bestärkt werden müssen, aber auch um alle sozialpädagogisch arbeitenden Fachkräfte im Land. Alle Akteure, die im sozialen Bereich arbeiten, in den Stadtteil- und Begegnungszentren, in den Mehrgenerationenhäusern, müssen befähigt werden, Medienkompetenz zu vermitteln. Außerschulische Partnerschaften sind zu unterstützen.

6. Thema Medienvielfalt

6 a) Welchen Stellenwert hat Medienvielfalt für Sie?

Eine vielfältige Medienlandschaft und guter Journalismus sind Voraussetzung einer umfassenden Meinungs- und Willensbildung und daher essenziell für unsere demokratische Gesellschaft.

6 b) Wie wollen Sie den Medienstandort M-V so stärken, dass sich in allen Regionen des Landes mehr Medienvielfalt entwickeln kann?

Eine in M-V fehlende, breit aufgestellte Medienlandschaft kann durch den Landtag und die Politik im Allgemeinen dahingehend befördert werden, dass beispielsweise die Medienanstalt bedarfsgerecht ausgestattet wird. Freie Bürgermedien können unterstützt werden, ohne die Staatsferne zu gefährden. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock fördert Radio LOHRO, ohne Einfluss zu nehmen. Auch an dieser Stelle kommt eine zu stärkende Medienbildung zum Einsatz. Der geschulte Umgang mit Medien sensibilisiert auch dafür, wie wichtig eine vielfältige Medienlandschaft ist und dass es Normalität sein sollte, im Zuge des eigenen Erwachsenwerdens, Journalismus durch eigenes Nutzungsverhalten zu stärken.

7. Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Welche Bedeutung hat für Sie der gebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunk? Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung und wie wollen Sie die Finanzierung sichern?

DIE LINKE steht für eine vielfältige Medienordnung, zu der neben kommerziellen Anbietern ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk, aber auch nichtkommerzielle Medien gehören. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für die mediale Teilhabe und Grundversorgung unerlässlich. Er muss auf veränderte Mediennutzungen reagieren können, eine journalistisch hohe Qualität aufweisen sowie neben Informationen auch Beratung, Bildung, Unterhaltung und kulturelle Vielfalt bieten. Wir streben eine breite gesellschaftliche Debatte sowohl über die Reformen und den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an wie auch über journalistische Standards im gesamten Mediensystem.